

## Erläuterungen zur Finanzplanung 2006 bis 2010

Die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Jahre 2008 bis 2010 basieren auf Schätzungen der Kämmerei, Zuarbeiten von Fachämtern und den Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Kommunen im Freistaat Sachsen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 06.09.2006.

Grundlage für die Finanzplanung ist das Haushaltssicherungskonzept – Beschluss des Stadtrates vom 24.02.2005 sowie weitere Stadtratsbeschlüsse (z. B. Verlängerung des Grundlagenvertrages Theater Plauen Zwickau gGmbH).

### Verwaltungshaushalt

#### **E i n n a h m e n**

#### **Gruppie- Bezeichnung rung**

000, 001	Grundsteuer	Bei den zu erwartenden Einnahmen wurden im Finanzplanungszeitraum 2007 bis 2010 die neuen Hebesätze in Höhe von 300 v. H. bei der Grundsteuer A und 450 v. H. bei der Grundsteuer B zugrunde gelegt. Die Planansätze 2007 wurden den neuen Hebesätzen angepasst. Für die Folgejahre wurden keine Steigerungen unterstellt.
003	Gewerbsteuer	Die geplanten Einnahmen 2007 wurden dem AO-Soll 2006 und dem neuen Hebesatz von 450 v. H. angepasst. Das AO-Soll 2006 beträgt 25,3 Mio. €. Die Steigerung im Jahr 2008 entspricht den Orientierungswerten für die Finanzplanung. In 2009 und 2010 wurden die vorgegebenen Orientierungswerte um ca. 5 % niedriger angesetzt.
010, 012	Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	Grundlage für die Finanzplanung ist das AO-Soll des Jahres 2006. Entsprechend den Orientierungswerten für die Finanzplanung wurden die Einnahmen in den Folgejahren prozentual gesteigert. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind 2008 111,5 v. H. 2009 117,5 v. H. 2010 119,9 v. H. gegenüber 2006 vorgesehen. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer betragen die Steigerungen 2008 115,2 v. H. 2009 115,9 v. H. 2010 116,6 v. H. gegenüber 2006. Dabei wurden die Auswirkungen der Erhöhung der Umsatzsteuer um 3 Prozentpunkte ab dem Jahr 2007 berücksichtigt. Infolge der Veränderung der Verteilerschlüssel ab dem Jahr 2009 kann es sowohl beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als auch beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zu Veränderungen kommen.

041	allgemeine Schlüsselzuweisungen	<p>Die Berechnung der Schlüsselzuweisungen erfolgte auf der Grundlage der Orientierungswerte.</p> <table border="1"> <tr> <td>Im Jahr</td> <td>2008</td> <td>werden</td> <td>90,9 %</td> </tr> <tr> <td></td> <td>2009</td> <td></td> <td>101,3 %</td> </tr> <tr> <td></td> <td>2010</td> <td></td> <td>98,1 %</td> </tr> </table> <p>der allgemeinen Schlüsselzuweisungen des Jahres 2006 angenommen. In den Jahren 2009 und 2010 wurde jeweils ein Abschlag von 1,5 Mio. EUR vorgenommen.</p>	Im Jahr	2008	werden	90,9 %		2009		101,3 %		2010		98,1 %
Im Jahr	2008	werden	90,9 %											
	2009		101,3 %											
	2010		98,1 %											
05, 06	sonstige allgemeine Zuweisungen	Hierbei handelt es sich um den Ausgleich für übertragene Aufgaben (Mehrbelastungsausgleich). Für die Folgejahre wurden gleiche Einnahmen wie 2007 unterstellt.												
09	Zuweisungen vom Land SBG II–Hartz IV	Es handelt sich hierbei um die Weitergabe der Sonderergänzungszuweisungen des Bundes und der Wohngeldentlastung in Folge der Einführung von Hartz IV. In 2007 und 2008 erhöht sich die bereitgestellte Summe um ca. 150 Mio. EUR, dies sind anteilig für die Stadt Zwickau 2,5 Mio. EUR. Für 2009 und 2010 werden um 1,3 Mio. EUR höhere Einnahmen erwartet.												
10, 11, 12	Gebühren und ähnliche Entgelte	Bei den Gebühren und ähnlichen Entgelten wurden gleichbleibende Einnahmen unterstellt. Der Rückgang von 2006 zu 2007 ist im Wesentlichen auf die Ausgliederung von Einrichtungen sowie Einnahmefälle durch die Einführung des kostenfreien Vorschuljahres und der kostenfreien Schülerbeförderung zurückzuführen.												
160 – 163	Erstattung von Bund, Land, Gemeinden, Zweckverbänden	Bei den Erstattungen von Bund, Land usw. wurde für die Jahre 2008 bis 2010 eine Steigerung von jährlich jeweils 2 % angenommen.												
164 – 168	Erstattungen von übrigen Bereichen	In 2006 wird erstmals ein Lastenausgleich nach § 28 FAG vom KSV gezahlt. Dieser Lastenausgleich steht im Zusammenhang mit der Übertragung von Aufgaben auf Landkreise und kreisfreie Städte. Dieser Lastenausgleich wird in den kommenden Jahren bis 2009 um ca. 350 TEUR und 2010 um ca. 1.000 TEUR reduziert.												
171	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	Bei den Zuweisungen und Zuschüssen vom Land werden jährliche Steigerungen von 2 % erwartet.												
191	Leistungsbeteiligung des Bundes für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft betrug 2006 29,1 %. Im Jahr 2007 beteiligt sich der Bund mit 31,8 % an den Kosten der Unterkunft, wovon aber 0,7 % unter den Ländern umverteilt werden. Bei der Finanzplanung wurde von einer Bundesbeteiligung von 31,2 % ausgegangen.												
20 – 26	sonstige Finanzeinnahmen	In diesen Gruppierungen sind vor allem Buß- und Verwargelder, Konzessionsabgaben sowie Kostenersatz enthalten. Kosten aus Festgeldanlagen sind derzeit kaum zu erzielen, da die Stadt Zwickau												

Kassenkredite zur Sicherung der Liquidität benötigt. Mit dem geplanten Verkauf von ca. 3.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten der GGZ könnten im Laufe des Jahres 2007 wieder Festgeldanlagen möglich sein und Zinsen erzielt werden. Festgeldzinsen sind dafür im Jahr 2007 bisher noch nicht berücksichtigt. Berücksichtigt wurden des Weiteren die zusätzlichen Einnahmen aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse in Höhe von 350 TEUR im Jahr 2007. Diese Mittel dienen der Finanzierung des Zuschusses an die Theater Plauen Zwickau gGmbH entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 26.10.2006.

28	Zuführung vom Vermögenshaushalt	<p>Der Verwaltungshaushalt 2007 enthält eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 11.006 TEUR, davon 10.881 TEUR zur Deckung des Fehlbetrages und 125 TEUR zur Finanzierung des Zuschusses an die Theater Plauen-Zwickau gGmbH. Im Jahr 2008 beträgt die Zuführung 10.000 TEUR und setzt sich zusammen aus 150 TEUR für Finanzierung des Zuschusses an die Theater Plauen-Zwickau gGmbH, 540 TEUR Einsparungen lt. HSK und 9.310 TEUR zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt.</p> <p>Die Zuführung im Jahr 2009 enthält Einsparungen aus dem HSK in Höhe von 1.540 EUR und 100 TEUR Einsparungen im Vermögenshaushalt zur Finanzierung des Zuschusses an die Theater Plauen-Zwickau gGmbH.</p>
----	---------------------------------	---

## A u s g a b e n

40 – 47	Personalausgaben	<p>Der im Jahr 2003 abgeschlossene Haustarifvertrag ist am 30.06.2006 ausgelaufen. Bei der Planung der Personalkosten wurden im gesamten Finanzplanungszeitraum die vollen Personalkosten ohne Unterstellung eines neuen Haustarifvertrages veranschlagt. Das Ziel lt. HSK, die Personalkosten ab dem Jahr 2008 auf 45 Mio. EUR zu senken, wurde nicht erreicht.</p>
50 – 668	sächlicher Verwaltungs- Betriebsaufwand	<p>Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand wurden jährliche Steigerungsraten in Höhe von 2 % unterstellt. Des Weiteren wurden ab dem Jahr 2008 die Kosten für die Fremdvergabe von Reinigungsleistungen für die Verwaltungsgebäude und Kindertagesstätten eingerechnet. Des Weiteren wurde ab 01.04.2007 die Ausgliederung des Strandbades und der Schwimmhalle Flurstraße berücksichtigt.</p>
69	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung	<p>In dieser Gruppierung enthalten sind die Leistungsbeiträge der Kommune an den Leistungen für Unterkunft und Heizung, die Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden und einmalige Leistungen an Arbeitssuchende.</p> <p>Für die Folgejahre wurde eine 2 %ige Steigerung eingerechnet.</p>

70, 71	Zuweisungen und Zuschüsse	Die Berechnung der Zuweisungen und Zuschüsse an städtische Beteiligungen erfolgte auf der Grundlage des HKS bzw. abweichender Stadtratsbeschlüsse (Theater Plauen Zwickau gGmbH). In der Gruppierung 715 wurde die Übernahme des Strandbades und der Schwimmhalle Flurstraße durch die Johannisbad Betriebs GmbH unterstellt. Bei den Zuweisungen und Zuschüssen an übrige Bereiche sind u. a. die Zuweisungen an Kindertagesstätten enthalten, hier wurde eine jährliche 2 %ige Steigerung angenommen.
73 – 79	soziale Leistungen	Bei den sozialen Leistungen wurde ausgehend vom Jahr 2007 eine jährliche Steigerung von 2 % unterstellt.
80	Zinsausgaben	Da keine neuen Kreditaufnahmen vorgesehen sind, werden sich die Zinsausgaben jährlich um ca. 350 TEUR verringern. Bei Umsetzung der geplanten Veräußerung von 3.000 Wohn- und Geschäftsgrundstücken der GGZ werden ab 2008 kaum Kassenkreditzinsen erforderlich sein.
81	Gewerbsteuerumlage	Die Gewerbsteuerumlage beträgt ab dem Jahr 2006 38 v. H. Entsprechend der erwarteten Gewerbesteuer-einnahmen wurde in den Jahren 2008 bis 2010 auch die Gewerbsteuerumlage geplant.
82, 83	allgemeine Zuweisungen und Umlagen	In diesen Gruppierungen sind die Umlagen an den Kommunalen Sozialverband (KSV) und den Kulturraum enthalten. Beide Umlagen sind steuerkraftabhängig. In den nächsten Jahren wurde von einer gleichbleibenden Kulturraumumlage und einer steigenden Sozialumlage auf der Grundlage der Finanzplanung des KSV ausgegangen.
86	Zuführung zum Vermögenshaushalt	Die Zuführung zum Vermögenshaushalt wurde in Höhe der Pflichtzuführung (Kredittilgung, Kreditbeschaffungskosten, kreditähnliche Rechtsgeschäfte) veranschlagt. Des Weiteren wurden die Zuführung an die allgemeine Rücklage zur Sicherung der Bürgschaft für das Schloss Osterstein und in den Jahren 2007 – 2009 die Zuführung der Miete für das Theater berücksichtigt. Letztere wird entsprechend Stadtratsbeschluss vom 26.10.06 für notwendige Sanierungsleistungen bereitgestellt.

## **Vermögenshaushalt**

### **E i n n a h m e n**

30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	Siehe Zuführung zum Vermögenshaushalt Gruppe 86
----	-----------------------------------	---

32, 33, 34	Rückflüsse von Darlehen und Kapitaleinlagen, Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Sachen des Anlagevermögens	Wesentliche Einnahmepositionen in diesen Gruppierungen sind die Grundstückeerlöse sowie Einnahmen aus dem lt. HSK geplanten Verkauf von Beteiligungen. Diese waren wie folgt vorgesehen: 2005 in Höhe von 8,5 Mio. EUR 2006 in Höhe von 11,5 Mio. EUR 2007 in Höhe von 26,0 Mio. EUR 2009 in Höhe von 1 Mio. EUR Diese Mittel stehen nicht für die Finanzierung von investiven Maßnahmen zur Verfügung, sondern werden zur Haushaltskonsolidierung (Deckung von Fehlbeträgen) eingesetzt. Die in 2006 nicht erbrachten Einnahmen lt. HSK in Höhe von 15.105 TEUR werden in 2007 neu veranschlagt. Die vorgesehene Jahresscheibe wurde auf die Jahre 2007 und 2008 gesplittet.
360, 361	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen von Bund und Land	Ausgehend von den im Investitionsprogramm enthaltenen Maßnahmen wurden die möglichen Zuweisungen von Bund und Land ermittelt.

## Ausgaben

91	Zuführung an Rücklagen	In den Jahren 2008 – 2010 sind Zuführungen an Rücklagen für die Sicherung der Bürgschaft für das Schloss Osterstein i. H. v. jeweils 400 TEUR und für das Depot Verwaltungszentrum 2008 i. H. v. 710 TEUR und 2009 i. H. v. 430 TEUR vorgesehen, 2010 keine Zuführung zum Depot Verwaltungszentrum mehr erforderlich.
930	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	<p>Die Ausgaben dieser Gruppierungen sind im Investitionsprogramm einzeln dargestellt.</p> <p>Der tatsächliche Investitionsbedarf ist wesentlich höher, musste jedoch dem zu erwartenden Einnahmenvolumen angepasst werden</p>
932, 933	Erwerb und Leasing von Grundstücken	
935, 936	Erwerb und Leasing von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	
94,95, 96	Baumaßnahmen	
985 – 988	Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche	